

27.03.2008 - 20:45 Uhr

## Mancher Aktionär ist gleicher, Kommentar von Annette Becker zur Hauptversammlung der IKB

Frankfurt (ots) -

Kleinaktionäre sind lästig, insbesondere dann, wenn die Gesellschaft in eine Krise gerät, der Aktienkurs verfallen ist und Kapitalmaßnahmen zur Rettung der Gesellschaft von der Hauptversammlung genehmigt werden müssen. Das bekam die IKB gestern zu spüren. Waren die drei Rettungsrunden, die die IKB mit KfW, Bund und Bankenverbänden aushandeln musste, schon kein gemächlicher Spaziergang, so wurde das Tempo am Donnerstag in der Hauptversammlung noch einmal angezogen. Hier rächte sich, dass die IKB nicht über Vorratsbeschlüsse verfügte.

Doch das war es nicht, was das Blut der Kleinaktionäre in Wallung brachte. Vielmehr machte sich der Zorn daran fest, dass der Aufsichtsrat für das Kontrollgremium Entlastung beantragt hatte und somit die Schuld für die Krise vollumfänglich auf den ehemaligen Vorstand abwälzte. Zwar zog der Aufsichtsratsvorsitzende Ulrich Hartmann den Vorschlag zu Beginn der Versammlung zurück und beantragte mit Verweis auf angekündigte Sonderprüfungsanträge die Vertagung der Entlastung. Doch zu diesem Zeitpunkt war das Kind längst in den Brunnen gefallen.

Anstatt den Bericht der Sonderuntersuchung von PwC allen Aktionären zugänglich zu machen - der Bericht soll das Kontrollgremium umfänglich entlasten -, redete sich der Vorstand damit heraus, nicht zur Veröffentlichung verpflichtet zu sein. Sicherlich gibt es gute Gründe, warum der Bericht unter Verschluss gehalten wird, doch müssten diese dann wenigstens erläutert werden.

Besonders schlecht kam bei den Kleinaktionären an, dass der Bund - via KfW mittelbarer Großaktionär - Einblick in den Bericht erhalten hatte, da Jörg Asmussen, Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium, im Aufsichtsrat der IKB sitzt.

Zwar erliegt die Forderung nach Gleichbehandlung aller Aktionäre der Illusion, dass der Bund ein Aktionär wie jeder andere sei. Doch letztlich ist damit das Problem im Kern getroffen. Die IKB ist seit Ausbruch der Krise in die politischen Mühlen geraten und wird darin zerrieben. Längst geht es nicht mehr um die Rettung der Bank, sondern um politische Kämpfe. Das allein belegt der Streit zwischen Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium mit Blick auf die Frage der Aufsichtsratsentlastung. Den Schaden trägt der Steuerzahler, der sich allerdings erst bei der nächsten Bundestagswahl zu Wort melden kann.

(Börsen-Zeitung, 28.3.2008)

Pressekontakt:

Pressekontakt:

Börsen-Zeitung  
Redaktion

Telefon: 069--2732-0

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100557835> abgerufen werden.